

# Der FUNKKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Litterung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 145 A

BERLIN • Donnerstag, den 23. Juni 1932

1. JAHRGANG

# Generalangriff der Generäle.

## Die Kraftprobe. / Polizei und Reichswehr sollen auf Schleichers Pfiff hören. / Was tun Braun-Severing?

### Der ADGB zur Einheitsfront.

Hk. Am Mittwochvormittag findet im Reichsinnenministerium eine Kraftprobe statt, von deren Ausgang für die nächste politische Entwicklung viel abhängt: die Innenminister der Länder kommen bei Herrn VON GAYL zusammen, um sich mit ihm über den Uniformkonflikt auseinanderzusetzen.

Der Konflikt spielt sich ab zwischen den Militärs und NS auf der einen und den süddeutschen katholischen Ministerpräsidenten auf der anderen Seite. Die Militärs, die Deutschland in ihre Verwaltung und in militärische „Zucht nehmen“ möchten, sind an der Existenz der uniformierten und das Soldatenprivileg genießenden SA aus mehreren Gründen interessiert. Einerseits brauchen sie ein Reservoire für „wehrhafte Kräfte“, andererseits brauchen sie bei der sich dauernd noch verschärfenden wirtschaftlichen Krise ein Niederhaltungsinstrument, damit die Krise so lange wie möglich auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden kann und Ausplünderungsmaßnahmen wie der neue 23prozentige Unterstützungsbau überhaupt durchführbar sind. Zum Zweck der Niederhaltung der Arbeiter ist aber eine private Bürgerkriegstruppe wie die SA den Militärs sehr willkommen: so braucht die Reichswehr die verhasste Aufgabe des Niederschießens Hungernder nicht zu übernehmen.

Das ist das Interesse, das die Herren Generäle in der Frage der Zulassung der Braunen auf die Straße an die Seite HITLERS bringt.

Diese beiden Partner bestürmen nun Herrn VON GAYL, den für die Frage der braunen Hemden zuständigen Reichsbeamten. HITLER ist am Montag mit einem ganzen Stab (FRANK II, FRICK, GÖRING) Herrn VON GAYL aufs Ministerium gerückt, um ihm das Rückgrat mit Entrüstung über die süddeutschen Uniformverbote und über das schneidige Vorgehen der Polizei gegen SA in München und Köln zu steifen. Auch die NS-Pressen und die HUGENBERG-Pressen beteiligen sich an diesen Versteifungsbemühungen. (Eine Abordnung der Parteileitung des Zentrums zu empfangen, hat GAYL am Dienstag abgelehnt, weil er keine Zeit habe.) Ueber das Reichswehrministerium weiß die „Bayerische Staatszeitung“ zu berichten, daß von dort her Herrn VON GAYL empfohlen werde, „in der Uniformfrage einen scharfen Ton anzuschlagen“.

Die Schärfe GAYLS scheint sowohl den NS wie z. B. dem „Tag“ durchaus nicht ausreichend zu sein. Trotzdem haben ihm HITLER und die Seinen am Montag nicht nur mit verärgertem Drängen zugesetzt; sie haben ihm auch einen Gefallen getan, indem sie „durchgreifende Maßnahmen des Reiches gegen die kommunistische Bürgerkriegshetze“ verlangten. In diesem Sinne unter Druck gesetzt zu werden, wird GAYL begrüßen.

Die katholischen Ministerpräsidenten von Bayern und Baden stellen an Energie des Widerstandes gegen die Pläne SCHLEICHERS und HITLERS die sozialdemokratische „Festung“ Preußens weit in den Schatten. In München hat am Dienstag vor der Abreise des Innenministers STÜTZEL nach Berlin ein Ministerrat stattgefunden. Darüber wird gemeldet, daß Bayern unbedingt daran festhalten werde, ein Uniformverbot aus eigener Machtbefugnis zu erlassen und seine Dauer selbst zu bestimmen. Gegen zuwiderlaufende Bestimmungen würde Bayern das Urteil des Staatsgerichtshofs in Leipzig anrufen.

Wo bleibt SEVERING? Weshalb tut er nicht mehr gegen die SA? Weshalb geht er nicht mit Uniformverbot gegen sie vor? Es gibt, wie wir hören, sozialdemokratische Polizeipräsidenten, die ihre Truppe für zuverlässig genug halten, um die SA-Randalisten so zu unterdrücken, wie SEVERING den Rotfrontkämpferbund unterdrückt hat; die darauf warten, daß ihnen gestattet wird, dies zu tun, und die nicht verstehen, daß nichts geschieht.

Diese Passivität der preußischen Regierung läßt sich gewiß nicht damit entschuldigen, daß sie eine nur geschäftsführende Regierung ist. Denn zu einer Notverordnung mit Gehaltskürzung reichte ihre Kraft. Das ganze Manöver der Aenderung der Geschäftsordnung des Landtages hatte ja nur den Sinn, der Regierung BRAUN die geschäftsführende Weiterexistenz zu ermöglichen. Sie sollte also nun diese Existenz

W-er. Der Vorstand des ADGB hat am Dienstag folgende Erklärung zu der Einheitsfront-Frage veröffentlicht: „Seit dem Sturz der Regierung Brüning wird der Gedanke der Einheitsfront der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei unter der Arbeiterschaft in den Betrieben lebhaft erörtert.

Der Vorstand des ADGB ist fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind

das geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht.

In den anderthalb Jahrzehnten der Nachkriegszeit, seit dem Beginn der verhängnisvollen politischen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, waren die freien Gewerkschaften die Träger des Einheitsgedankens. In ihren Reihen war dieser Gedanke in den Grenzen des politisch Möglichen verwirklicht. Daß man sich von allen Seiten gerade an sie, insbesondere an den Vorstand des ADGB wendet, die Rolle des Mittlers zu übernehmen, beweist, daß diese Tatsache allseitig anerkannt wird.

Leider hat diese Anerkennung noch nicht zu der Einsicht geführt, daß die Voraussetzung für eine Einheitsfront die Einstellung des gehässigen und verleumderischen Bruderkampfes ist, der tagtäglich in Versammlungen, in der Presse und in Flugblättern geführt wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich noch in neuester Zeit ausdrücklich dazu bekannt, diesen Kampf hoffnungslos fortzusetzen. In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale:

„Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen „Burgfrieden“ zu gewähren, wie es die SPD- und ADGB-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern. . . . Es gibt für die Kommunisten keinen „Burgfrieden“ mit Verärrern und Feinden der Arbeiterklasse.“

Unter diesen Umständen sieht der Vorstand des ADGB für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten.

Die einheitliche Abwehrfront der politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung ist nur denkbar, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichten, die Kampfgenossen in entehrender Weise anzugreifen. — — —

Es wird die Aufgabe der organisierten Arbeiter selbst sein, die moralischen Grundlagen für ein einheitliches Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen. . . .

Wichtig ist an dieser Erklärung die offizielle Bereitschaft zur Übernahme der Führung der Einheitsbestrebungen. Was der Vorstand des AGDB als Hinderungsgrund anführt für die Einheitsbestrebungen, kann leider nicht überzeugen. Der Vorstand beruft sich auf den bekannten Beschluß des ZK der KP. Wir haben die proletarisch unmögliche Haltung des ZK in dieser akuten Frage bereits hinlänglich und eindeutig verurteilt. Aber bei aller Borniertheit dieser Stelle darf doch nicht vergessen werden, daß sowohl

zu etwas ausnutzen. Und zwar auch zu anderen Tätigkeiten als der der Amtliche Preußische Pressedienst eben auftritt: „Die Verfassungsfelder dieses Jahres soll im Zeichen GOETHE'S stehen.“ Gerade jetzt hätte die Regierung BRAUN-SEVERING alle Veranlassung zu Taten: würde sie gegen die SA energisch vorgehen, so wäre es den Kommunisten nahezu unmöglich gemacht, eine solche Regierung bei der Ministerpräsidentenwahl am Donnerstag nicht zu unterstützen.

Ueber die Pläne SCHLEICHERS für den Fall, daß die Süddeutschen am Mittwoch nicht nachgeben, äußert die Telegraphen-Union, „man“ habe die Absicht, „die Frage des Uniformtragens allgemein reichsgesetzlich zu regeln, und zwar durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48. In dieser Notverordnung würde zum Ausdruck kommen, daß allgemeine Uniformverbote nur vom Reich

die SPD als auch die Freien Gewerkschaften für die Erbitterung zwischen den Arbeiterparteien zu einem großen Teil mit verantwortlich sind: bei einer entschiedenen Kampfstellung von SP und ADGB gegenüber der herrschenden Klasse wäre diese Erbitterung unmöglich gewesen, auch ein solcher ZK-Beschluß. Wir kommen aber in der Frage der Einheitsfront nicht weiter, wenn wir die Schuldfrage für vergangene Sünden aufrollen. Diese Aufrollung mag in mancher anderen Hinsicht und für viele andere Fälle wichtig und unerlässlich sein — für die Schaffung der Einheitsfront ist sie ebenso unzulässig. Einer muß mit der Schimpferei und Nachtragerei einmal aufhören. Der ADGB sollte sich durch das törichte Benehmen des ZK nicht stören lassen. Er sollte unabhängig von aller Zeitungspolemik seiner eigenen Einsicht folgen und den Wünschen von Millionen von Arbeitern Rechnung tragen, die Parteiführer zu einer gemeinsamen Besprechung oder Tagung einzuladen, um Auge in Auge mit ihnen zu beraten, was die Arbeiterschaft im gegebenen Augenblick für Maßnahmen ergreifen soll gegen den Faschismus. Wir sind überzeugt, daß bei einer solchen Aussprache viele Frechheiten, die den Redakteuren am grünen Tisch leicht in die Feder fließen, unterbleiben werden, wenn der, dem sie gelten, dabei sitzt. Wir sind auch überzeugt, daß es einer ersten und eindringlichen Leitung einer solchen Versammlung gelingen kann, den doktrinären Starrsinn und die überflüssigen Prestigerücksichten so weit auszuschalten, daß für eine gemeinsame Unterhaltung eine Wirkungsmöglichkeit entsteht.

Von der Verantwortung für eine solche Aktion wird der ADGB-Vorstand nicht durch einen liederlichen Beschluß des ZK befreit, auch nicht durch eine frostige Stellungnahme der „Eisernen Front“ oder einer anderen Institution. Der Vorstand des ADGB möge in dieser historisch vielleicht bedeutungsvollsten Stunde der deutschen Arbeiterbewegung nicht zurückschrecken vor Hindernissen, die geradezu ein Kinderspiel sind im Vergleich zu denen, die der Arbeiterschaft von den Faschisten schon aufgebaut worden sind und sicher in stärkerem Maße noch aufgebaut werden.

### Arbeitslosigkeit stabil.

Am 15. Juni zählte die Reichsanstalt 5 569 000 Arbeitslose. Der Rückgang gegenüber dem 31. Mai beträgt nur 14 000; im Vorjahr betrug er in der gleichen Zeit 53 000.

Ein weiterer erheblicher Rückgang der Arbeitslosigkeit aus Saisonsgründen darf in diesem Jahr kaum mehr erwartet werden. Die Gelegenheit, den üblichen Saisonantrieb zu benutzen, um die Wirkung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms zu verstärken, ist also endgültig verpaßt.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat um 74 000 abgenommen, die Zahl der Krisenunterstützten um 8000. Die Zahl der Wohlfahrtsberwerblosen und der Nicht-Unterstützten ist also gestiegen.

erlassen werden können“. Damit hätte SCHLEICHER den Anfang gemacht, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den Ländern selber zu übernehmen; denn wie sollte diese Verantwortung z. B. von dem bayerischen Innenminister getragen werden, wenn ihm die Maßnahmen, die er zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung für notwendig hält, von Reichs wegen verboten werden?

Der Weg, auf den SCHLEICHER sich hier begibt, führt also zur Übernahme der Polizei durch das Reich; und das wird SCHLEICHER nicht unangenehm sein. Der Plan des Reichskommissars für Preußen dient demselben Ziel. Um einer Soldatenfakerei — wenigstens äußerlich — der braunen Hemden einer Arbeitermördertruppe wegen wird also von SCHLEICHER ein Konflikt heraufbeschworen, der zur Abtrennung der Länder führen kann.

## Vom Machtkampf in Chile.

Die Anhänger des gestürzten Junta-Mitgliedes GROVE erklärten als Protest gegen den Sieg DAVILAS am Montag den Generalstreik, der aber nur teilweise zur Durchführung kam. Die Regierung antwortete mit der Erklärung des Kriegszustandes. Der Eisenbahnverkehr geht unter militärischem Schutz vor sich: die Straßenbahnen der Hauptstadt fahren unter polizeilicher Bedeckung. Die Sicherheitsbehörden haben Anweisung, nachts beim Ausbruch von Unruhen ohne weiteres scharf zu schießen.

In der Nacht zum Dienstag haben in Santiago heftige Kämpfe zwischen Polizei und Zivilisten, vermutlich Anhängern GROVES, stattgefunden. Die Straßen sind mit Toten und Verwundeten bedeckt.

## Vor dem Abschluß des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes?

Polnische Zeitungen melden, daß augenblicklich in Genf die Verhandlungen zwischen Polen und Rußland über den Nichtangriffspakt wieder aufgenommen worden seien und vermutlich schon in den nächsten Wochen zur Unterzeichnung führen würden.

Die Unterzeichnung ist bisher nicht zustande gekommen, weil Polen seine Unterschrift nur unter der Bedingung eines russisch-rumänischen Abkommens geben wollte. Diese Bedingung scheint jetzt fortzufallen.

Von russischer Seite wird diesen Meldungen nicht widersprochen.

## „Zollhoheit“ der Mandschurei — unter japanischem Diktat.

a Tschangtschun, 20. Juni.

Die mandschurische Regierung hat am Sonntag die Zollhoheit der Mandschurei ausgerufen. Das bisherige für ganz China geltende Zollsystem erfährt eine Aenderung. Die neuen mandschurischen Zollstationen werden der mandschurischen Regierung direkt und der japanischen Regierung indirekt unterstellt. Zu Leitern der mandschurischen Zollstationen sind Japaner ernannt worden. Die bisher im Zollwesen tätigen britischen Staatsangehörigen sollen überall durch Staatsangehörige der Mandschurei ersetzt werden. Die mandschurische Regierung erklärt, daß der Zinsendienst weiter normal durchgeführt werde.

## Gegen die Zollverordnung in der Mandschurei.

Die Regierung der USA hat durch ihren Geschäftsträger in Tokio beim japanischen Außenminister ihre Bedenken gegen die Neuordnung des mandschurischen Zollwesens anmelden lassen. Es sei zu befürchten, daß dank der neuen Verordnungen, die die Zollverfügungen in die Hände der mandschurischen Republik und damit indirekt in die Japans legen, die chinesische Regierung in der Zahlung ihrer Auslandsschulden gehindert werde.

Auch die chinesische Regierung hat gegen diese Regelung Protest eingelegt und erklärt, sie betrachte dieses Gesetz wie alle anderen Bestimmungen der mandschurischen Regierung als eine Verletzung der chinesischen Hoheitsrechte.

Der Chef der japanischen Armee, General HONJO, ist in Mukden eingetroffen, um an den japanischen Beratungen über die Anerkennung der Mandschurei teilzunehmen.

In den belgischen Kohlengruben in der Umgebung von Mons haben sich die Grubenarbeiter als Protest gegen eine Lohnkürzung zum Streik entschlossen. Fast alle Arbeiter haben sich dem Streik angeschlossen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus lehnte die vom Senat geforderte allgemeine Kürzung der Beamtgehälter um 10 Prozent ab. Dagegen wurde eine Arbeitszeitverkürzung angenommen, die Hoover vorgeschlagen hat: Alle Beamten, die über 1000 Dollar (4200 Mark) Jahresgehalt beziehen, werden künftig jährlich einen Monat und monatlich 5 Tage unbezahlten Urlaub erhalten (was einen Gehaltsausfall von fast 25 Prozent ausmacht).

## Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Am nächsten Tag kann der Kanzler nicht aufstehen, auch an den folgenden Tagen nicht. Seine Ratgeber, den Verbindungsoffizier zum Großen Hauptquartier, Vertrauensleute aus dem Ausland, Gesandte der deutschen Bundesfürsten, Wirtschaftsführer und Politiker empfängt er in seinem Zimmer. Am Bett läßt er sich über die außen- und innenpolitische Entwicklung berichten:

Die dritte Note Wilsons ist eingetroffen!

Oesterreich bittet um einen Sonderfrieden!

Die Türkei ist zusammengebrochen!

General Ludendorff ist verabschiedet worden!

Groener ist zu seinem Nachfolger ernannt worden.

Und da ist die Abdankungsfrage — über die Abdankung des Kaisers wird jetzt offen in der Presse und geheim von einer Reihe verantwortlicher Persönlichkeiten disputiert. Aus der dritten Note Wilsons will man herauslesen, daß Deutschland nur über die Kaiserabdankung zu einer Verständigung mit den Gegnern und zum Frieden kommen könne. Selbst die Regierungssozialisten fangen an, diese Frage aufzugreifen. Der Kanzler begnügt sich damit, die Stimmen und Zuschriften, die er in dieser Frage erhält, ohne Kommentar an den Kaiser weiterzuleiten. Er will keinen Druck auf den Kaiser ausüben. Aus eigener Entschlossenheit soll er dem Thron entsagen können. Diese große Geste hält der Kanzler im Interesse des monarchischen Gedankens für nötig.

Aber der Kaiser stellt sich diesen Stimmen gegenüber taub. Zum Staatssekretär Dr. Solf, der ihm die auf die Abdankung hinielenden Äußerungen vorlegt, sagt er: „Was verlangt denn das Volk eigentlich von mir? Ich kann doch als alter Soldat nicht aus dem Schützengraben gehen. . .“

Sechs Tage sind vergangen. Der Prinz hat einen bösen Tag hinter sich. Sein Kopf ist wie ein glühender Stein.

# Neue Entwicklung der Reparations- und Abrüstungsverhandlungen.

In Lausanne kommt man nicht weiter. Die ursprünglich für Dienstag angesetzte nächste Vollsitzung der Konferenz ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. HERRIOT hat erklärt, zunächst nur mit der englischen Abordnung verhandeln zu wollen, nicht mit den Deutschen. Die gefährliche englische Vermittlung ist also während der wichtigen offiziellen Vorbesprechungen — jedenfalls zeitweise — der einzige Verkehrsweg zwischen den Vertretern Deutschlands und denen Frankreichs!

Die Vorbesprechungen betreffen vor allem die in Genf angeschnittenen Abrüstungsfragen. Wie eng diese von Amerika, England und Frankreich geführten Gespräche mit den Lausanner Verhandlungen zusammenhängen, zeigt sich vor allem daran, daß die Amerikaner ihre Zurückhaltung Lausanne gegenüber so weit gebrochen haben, daß der Führer der amerikanischen Abrüstungskonferenz, GIBSON, am Dienstag nachmittag plötzlich in Lausanne erschienen ist, um mit MACDONALD zu sprechen. In der vorhergehenden Nacht soll er sich bereits mit HERRIOT auf dem Weg zwischen Genf und Lausanne getroffen haben. In beiden Fällen hat er sich offenbar bemüht, ein Entgegenkommen für die amerikanischen Abrüstungsforderungen zu erzielen, die er dabei selber in Zusammenhang mit der Schuldenfrage gebracht hat.

Der Plan einer Anleihe für Oesterreich ist nach langen Verhandlungen endgültig gescheitert. Frankreich hat seine Einwilligung verweigert, da die von der französischen Regierung gestellten politischen Bedingungen nicht angenommen worden sind.

Die Verstimmung der Mächte, die an den privaten Verhandlungen der französischen und englischen Minister, zu denen zum Teil auch die Amerikaner zugelassen sind, nicht teilnehmen, ist groß, vor allem natürlich bei den deutschen und italienischen Delegierten.

Der Fortgang der mündlichen Verhandlungen wird — soll man sagen: gefördert oder gelähmt werden durch die für Mittwoch vorgesehene Uebergabe von Denkschriften, unter denen das deutsche und das französische Memorandum naturgemäß die größte Bedeutung haben. Soviel man bis jetzt erfährt, werden diese Denkschriften nichts Neues enthalten. Deutschland pocht auf völlige Streichung der Reparationen und betont seine Ruhe gegenüber allen Äußerungen von Frankreich. Frankreich gibt den Standpunkt nicht auf, daß nach einer noch näher zu bestimmenden Moratoriumsperiode eine neue Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit und die Festsetzung einer Abschlußzahlung Deutschlands erfolgen soll. Auch in Paris äußert man Zuversicht hinsichtlich der Durchsetzung der französischen Pläne und hält daran fest, daß England die französischen Pläne keineswegs gänzlich beseitigend habe.

GIBSON weist alle Behauptungen zurück, daß er sich in seinen Gesprächen mit HERRIOT und MACDONALD in die

Reparationsfragen gemischt habe, das Thema sei lediglich die Abrüstungsfrage gewesen.

Nach den neuesten Meldungen erscheint ein Silberstreifen am Horizont, obwohl authentische Nachrichten zur Zeit noch nicht vorliegen. Aber es muß doch betont werden, daß die englische Presse, von der „Times“ herüber bis zum „Daily Herald“, in der amerikanischen Intervention in Lausanne eine glückliche Wendung erblickt. Das Dementi GIBSONS, er habe die Reparationsfrage nicht berührt, wird von ihnen nur als eine diplomatische Äußerung gewertet. In Wahrheit sei noch niemals ein besserer Hinweis auf die innige Verbindung zwischen Abrüstungs- und Reparationsfrage erfolgt als durch die Einmischung der Amerikaner in die Lausanner Verhandlung. Die „Times“ vor allem drängt sowohl Deutschland wie Frankreich, endlich auf einander einzugehen, da es sich nach ihrer Meinung nur noch um die Form handelt, durch die man eine endgültige Regelung der schwebenden Streitfragen vorbereitet.

Bedeutungsvoller noch ist die Meldung, daß HOOVER in wenigen Tagen eine Note veröffentlichen werde, in der er die Abrüstung mit der Frage der europäischen Kriegsschulden in Verbindung bringen wird. In Lausanne erwartet man von dieser Note, daß sie den toten Punkt der jetzigen Verhandlungen überwinden wird.

Ferner wird aus London berichtet, daß MACDONALD erwägt, einen einseitigen Reparationsverzicht von Seiten Englands vorzunehmen. Wie weit dieser Nachricht zu trauen ist, bleibt freilich nach allen bisherigen Erfahrungen mit dem englischen Vermittler abzuwarten.

In Genf hat HENDERSON den Mächten mitteilen lassen, daß erst Anfang Juli eine Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz einberufen werden könnte.

Wie aus London gemeldet wird, steht in Lausanne auch die Frage des Saargebiets zur Diskussion. Von Seiten der französischen Regierung werde der für das Jahr 1935 vorgeschriebene Volksabstimmung kein Hindernis entgegengesetzt; man sei sich aber nicht einig über den Rückkauf der Kohlenbergwerke. Frankreich verlange für die Rückgabe der Bergwerke eine Kaufsumme von Deutschland, während die deutsche Regierung den Standpunkt vertrete, daß eine allgemeine Bereinigung der Schulden auch eine Bezahlung der Kohlenbergwerke einschließe.

Entgegen der Auskunft, die HENDERSON den Vertretern der kleineren Mächte über den Wiederbeginn der Verhandlungen im Hauptausschuß gegeben hatte, ist auf Antrags des Führers der amerikanischen Abordnung, GIBSON, und auf den Wunsch HOOVERS hin, der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz auf Mittwoch nachmittag einberufen worden.

## Aus Klagges Reich.

k Braunschweig, 21. Juni.

Der Volksfilmverband wollte heute abend den Film „Panzerkreuzer Potemkin“ aufführen. Bekanntlich ist dieser Film in Deutschland schon fast bis zur Unverständlichkeit von der Zensur zerstückelt worden. Mittags um 12 Uhr hat die Polizei die Aufführung verboten.

In der heutigen öffentlichen KP-Versammlung sagte die Rednerin: Wenn die Arbeiter die Waffen 24 Stunden in der Hand hätten, wäre es — Weiter kam sie nicht; die Versammlung wurde auf Grund dieses Ausspruchs aufgelöst. Die letzten Versammlungsteilnehmer bekamen noch den Gummiknüppel zu spüren.

Ruhelos liegt er auf seinem Bett und dreht sich von einer Seite auf die andere.

Der Adjutant vom Dienst tritt herein:

„Freiherr v. Grünau wünscht dringend Seine Großherzogliche Hoheit zu sprechen!“

v. Grünau, ein Adjutant des Kaisers!

„Gut, ich lasse Herrn v. Grünau bitten!“

Der Freiherr tritt sofort ins Zimmer:

„Seine Majestät reist heute nach Spa!“

Der Prinz fährt aus seinen Kissens auf:

„Was — fährt nach Spa, der Kaiser fährt nach Spa? Und davon weiß ich nichts? Machen Sie vielleicht einen schlechten Witz?“

„Vor einer halben Stunde habe ich davon auch noch nichts gewußt. Major Niemann hat mir nach Berlin nachtelephonierte, daß Seine Majestät heute noch ins Hauptquartier reist, und daß ich mitfahren soll!“

„Aber das ist doch nicht möglich!“

„Ich habe den Major gefragt, ob der Kanzler informiert sei und die Reise guthieße.“

„Der Kaiser wird hier jeden Augenblick gebraucht. Von seiner schnellen Entscheidung hängt viel, hängt vielleicht alles ab!“

Der Prinz verläßt das Bett, wirft einen Schlafrock über, reißt die Tür auf und durchschreitet das Nebenzimmer; er stößt noch eine zweite Tür auf und kommt zurück. Er braucht Platz, muß Bewegung haben. Er dreht überall das Licht an. Und trotz der weiten erleuchteten Räume fühlt er sich wie in einem Gefängnis. Er dunkelt die Zimmer auch gleich wieder ab, weil das Licht seinen Augen weh tut.

„Ich habe ebenfalls gewarnt. Die plötzliche Abreise wird die Öffentlichkeit alarmieren und so ausgelegt werden, als ob der Kaiser sich unter den Schutz der Armee stelle“, erklärt der Freiherr.

Der Reichskanzler antwortet schon nicht mehr.

Er hängt am Telephon, läßt sich vom Adjutanten mit dem Staatssekretär Solf verbinden, mit dem Hausminister des Kaisers, mit dem Chef des Zivilkabinetts, mit dem Kriegsminister.

Der zweite Aufstieg Professor PICCARDS in die Stratosphäre ist auf Anfang Juli verschoben worden. Bei einigen Instrumenten verzögert sich die Fertigstellung, so daß die Gondel nicht vor Ende des Monats in Zürich sein kann. Die neue Gondel ist, um den Einfluß der Sonnenstrahlen abzuhalten, weiß lackiert. An der Außenseite sind keinerlei Instrumente angebracht. Selbst die Ventileine wird durch einen sinnreichen Quecksilberschluß in das Innere der Gondel geführt. Die beiden Mannlöcher können ebenfalls von innen verschlossen werden. Ferner sind acht kleine Fenster angebracht, die den freien Ausblick nach unten und oben gestatten. In die Gondel wird ein Kurzwellensender eingebaut, durch den auch die Verbindung mit der Außenwelt hergestellt wird.

Der Kanzler wirft die auf seinem Arbeitstisch liegenden Papiere durcheinander. — Informationen über die militärische Lage, über das Anwachsen der revolutionären Arbeiterbewegung, Briefe, Denkschriften, Berichte auswärtiger Diplomaten, Entwürfe zu den Noten an den Präsidenten Wilson. Einen Antrag des Sozialdemokraten Hoch bekommt er in die Hand; „Grippe und Haferflocken! In den Gemeinden, wo die Grippe herrscht, ist es nicht immer möglich . . . was gedenkt der Reichskanzler dagegen zu tun?“ Dann überfliegt er den Erlaß des Kaisers, den der Kanzleifisch am Abend vorher gebracht hat und zu dessen Veröffentlichung er sich noch nicht hat entschließen können: „ . . . alte Formen zerbrechen, um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen . . . hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten bleibt . . . Ich trete diesen Beschlüssen der Volksvertretung bei . . . das Kaiseramt ist Dienst am Volke!“

Die einzelnen Phrasen des Erlasses und das mit großen Buchstaben unterzeichnete „Wilhelm I. R.“ tanzen dem Prinzen vor den Augen. Er fühlt den Schmerz in seinem Genick stärker, die schwarzen Flocken vor seinen Augen werden wieder dichter.

Dieser „Erlaß an mein Volk“, was soll das jetzt, was will der Kaiser damit sagen? Was anderes, als: Ich will nicht abdanken! Ich will auf meinem Posten bleiben! Und wenn es nicht anders geht, werde ich loyal mit der Regierung zusammen arbeiten!

Der Kanzler schiebt das Dokument zur Seite.

Der Kriegsminister ist am Telephon.

„Wissen Sie schon, daß der Kaiser heute an die Front abreist?“

Auch der Kriegsminister hat von der Abfahrt des Kaisers nichts erfahren, doch der Chef des Militärkabinetts, der gerade bei ihm ist, bestätigt die Nachricht.

„In zwei Stunden“, sagt Freiherr v. Marschall mir eben!“

„Sie müssen das unter allen Umständen verhindern!“

„Großherzogliche Hoheit, — warum tut das nicht der Kanzler?“

„Ich kriege das nicht mehr fertig!“

(Fortsetzung folgt.)

# Der Zusammenbruch einer Arbeiterbank.

Vor einigen Tagen endete der Prozeß gegen die Direktoren und einen Teil des Aufsichtsrats der am 11. Februar 1930 zusammengebrochenen „Bayerischen Eisenbahnerbank“. Diese Bank ist aus der Sparkassenabteilung des Bayerischen Eisenbahnerverbandes, der ältesten Eisenbahner- und größten christlich-nationalen Arbeiter- und Beamtenorganisation Bayerns mit etwa 36 000 Mitgliedern, hervorgegangen. Im Jahre 1923 entschloß sich der Verband, die Sparkassen in eine Bankabteilung mit selbständigem Vorstand und Aufsichtsrat umzuwandeln. Im Jahre 1927 wurde dann die Aenderung der Firmenbezeichnung in „Bayerische Eisenbahnerbank“ A. G. beschlossen, deren Hauptaktionär der „Bayerische Eisenbahnerverband“ blieb. Der Satzung nach wurde die Bank als eine Gewerkschafts- und Arbeitnehmerbank gegründet und die Erfassung der Spargelder der gesamten christlich-nationalen Arbeitnehmer Bayerns als Ziel aufgestellt. In der Konkursbilanz dieser Bank

standen den Schulden an nichtbevorrechtigte Gläubiger in Höhe von etwa 5 1/2 Millionen nur ungefähr 1,1 Millionen Vermögen gegenüber.

An dem Zusammenbruch sollen in erster Linie die Direktoren BERGMEIER und BELKNER schuld sein, die sich nun wegen Bilanzverschleierung, fortgesetzten Betrugs, Untreue und einiger anderer Vergehen zu verantworten hatten. Neben ihnen waren der Vorsitzende des Aufsichtsrats, FRÜCHTL, und die Mitglieder des Prüfungsausschusses, Ministerialrat a. D. VON STEFENELLI und Verbandssekretär STARK, wegen Mittäterschaft angeklagt.

Das Kennzeichnende an diesem Prozeß war die Tatsache, daß das umfangreiche Unternehmen in erster Linie von Leuten geleitet wurde, die so gut wie keine banktechnischen Kenntnisse besaßen, womit sie sich dann auch mit mehr oder minder großem Erfolge vor Gericht herausredeten.

Da war zunächst der erste Direktor, Herr BERGMEIER, der von der Bank ein Monatsinkommen von 1400 Mark und neben einer in die Tausende gehenden jährlichen Gewinnbeteiligung noch von einer Untergesellschaft monatlich 1500 Mark bezog. Der Staatsanwalt kennzeichnete diesen Herrn treffend mit den Worten: „Da hört man immer, BERGMEIER habe bei der Bank mit dem und jenem nichts zu tun gehabt, habe das und dies nicht verstanden, und schließlich hat er doch ein Mordsgehalt eingesteckt.“

Da BERGMEIER banktechnisch überhaupt nicht vorgebildet war, so wurde ihm im Frühjahr 1925 der Angeklagte BELKNER als Bankfachmann zur Seite gestellt. Aber auch BELKNER hatte nur eine nicht gerade lange Banktätigkeit hinter sich.

Dem Aufsichtsrat, der in seiner Gesamtheit ziemlich einflusslos war und die Berichte des Finanz- und Prüfungsausschusses stets debattellos hinnahm, stand der Angeklagte FRÜCHTL vor. Dieser Mann, ein Stellwerksmeister a. D., war über seine Aufgabe als Aufsichtsratsvorsitzender überhaupt nicht unterrichtet. Angeblich besaß er nicht einmal die Statuten seiner Bank. Immerhin strich er zunächst 100 Mark, dann 200 Mark monatlich für sein Amt ein.

Den Vorsitz im Finanz- und Revisionsausschuß hatte der Angeklagte STEFENELLI, früher Ministerialrat im bayerischen Verkehrsministerium, inne. Obwohl bei diesem Ausschuß das Schwergewicht lag und der Aufsichtsrat sich ganz auf ihn verließ, übernahm STEFENELLI sein Amt ohne jegliche banktechnische oder kaufmännische Kenntnis. Offenbar hielt er es auch nicht für nötig, sich diese Kenntnisse noch nachträglich anzueignen, denn er behauptete vor Gericht, noch immer keine Bilanz aufstellen und richtig beurteilen zu können. Diese Tatsache stand seinem Ruf als Jurist und Finanzautorität, die sich auch gern auf andere Finanzkapazitäten und auf

Ausführungen des Reichsfinanzministeriums berief, nicht entgegen.

Ein weiteres Mitglied des Finanzausschusses war der Verbandssekretär beim bayerischen Eisenbahnerverband, Herr Franz X. STARK. Soweit es überhaupt möglich war, verstand er noch weniger von den ganzen Dingen als STEFENELLI. Er hat sich ganz auf BELKNER und BERGMEIER verlassen und sein Amt angenommen, weil BERGMEIER ihn hierzu drängte, obwohl STARK erklärte, daß er nichts verstehe. Auf die Frage, ob STARK als Mitglied des Revisionsausschusses von dem Revisionsbericht aus dem Jahre 1930 Kenntnis bekommen habe, erwiderte er:

„Nein, ich hab' den Bericht nur hin- und hertragen dürfen, was drinnen stand, hab' ich nicht gesehen.“ Für diese schwere Tätigkeit strich er monatlich 200 Mark und eventuell auch einmal eine größere Sondervergütung ein.

In die Reihe derjenigen, die bei der Eisenbahnerbank ein Amt annahmen, ohne daß ihnen Gott nachher den dazu nötigen Verstand geschenkt hätte, gehört schließlich noch der Angeklagte THOMAS LINK. Er war Leiter der wirtschaftlichen Abteilung des Eisenbahnerverbandes und in dieser Eigenschaft Mitglied des Vorstandes der Bank. Dennoch hat er am Bankbetrieb nicht teilgenommen. Zur Erklärung sagte er: „Wenn ein Bankfachmann und ein Jurist die Sache für richtig hielten, konnte ich als Gewerkschaftssekretär doch keinen Zweifel haben.“ Erwähnt sei noch, daß es außer den Angeklagten noch andere Nutznießer der Bank gab, z. B. Herrn MAX LEHNER, den Ehrenvorsitzenden des bayerischen Eisenbahnerverbandes, der, wie er gestand, nur zur Dekoration im Aufsichtsrat saß und nie ein Kassabuch von innen oder außen gesehen hat; oder den Staatssekretär FUNKE, der allein 10 500 Mark an die Bank zurückzahlte, nachdem er hörte, daß die Aufsichtsratsmitglieder haftpflichtig gemacht werden sollten. Auch Herr Staatssekretär OSWALD, dem man auf einen Kredit von 60 000 Mark den Betrag von 4000 Mark erließ, weil man von seinem Ministerium Gefälligkeiten erwartete, muß man wohl zu diesen Nutznießern rechnen. Wie weit außerdem der erste Verbandsvorsitzende und Reichstagsabgeordnete DAUER dazu gehört, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Auf jeden Fall verwickelte er sich in einen merkwürdigen Widerspruch. Zunächst behauptete er nämlich, er habe eine verschleierte Bilanz in gutem Glauben unterschrieben. Später jedoch sagte er aus, sein Name sei überhaupt gar nicht von ihm, sondern von anderer Seite unter die Bilanz gesetzt.

Es ist beinahe verwunderlich, daß die Angeklagten, nachdem sie nun einmal weder die nötigen fachlichen noch moralischen Qualitäten für ihre Posten besaßen, bei den Zuständen innerhalb der Bank nicht noch mehr Kapital aus ihren Posten schlugen. So reichten jedenfalls ihre Straftaten nur aus zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und 1000 Mark Geldstrafe für BERGMEIER, sechs Monaten Gefängnis und 800 Mark Geldstrafe für BELKNER wegen fortgesetzten Verschleierns der Bilanzverschleierung, Untreue u. s. w. Die anderen Angeklagten wurden sogar freigesprochen. Wie weit der Grund zu diesen milden Urteilen darin liegt, daß die Bank eine der Hauptstützen der christlich-nationalen Bewegung ist, können wir schlecht entscheiden. Daß sie gute Beziehungen gehabt hat, geht schon daraus hervor, daß STEGERWALD z. B. gefragt haben soll,

warum man sich nicht eher an ihn gewandt habe, er hätte schon ganz andere Sachen saniert.

Auf alle Fälle empfehlen wir der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, insbesondere den bayerischen Eisenbahnern, ihre Führer etwas schärfer zu kontrollieren, von denen Herr DAUER, der christliche Reichstagsabgeordnete und Führer des

christlichen Eisenbahnerverbandes, so schön in seiner Geschichte des bayerischen Eisenbahnerverbandes schrieb: „Habt Vertrauen zu euren Führern, sie meinen es gut mit euch. Ihr habt das Glück, Männer von seltener Treue, Gewandtheit und Opferwilligkeit an der Spitze eurer Berufsorganisation zu sehen.“ Weder die christliche noch die nationale Gesinnung, das zeigt der Prozeß allen Beteiligten und Unbeteiligten, schützt vor einem Gewinnstreben, das in einem merkwürdigen Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn DAUER steht.  
Hans Lehmann.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Erfurt:** Sonnabend, 25. Juni, 20 Uhr, Volkshaus, Johannesstr. Thema: Stehen wir am Ende des demokratischen Systems? — Was dann?

**Hamburg-Hammerbrook:** Am Donnerstag, dem 23. Juni, um 20.15 Uhr, im Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Proletarier aller Parteien verständigt Euch! Schafft die proletarische Einheitsfront!

**Göttingen:** Freitag, 24. Juni 1932, 20.30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Die Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen Papen und Hitler.

**Köln:** Freitag, den 24. Juni, 20.15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Straße 5, 1. Etg. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

**Köln-Deutz:** Donnerstag, den 23. Juni, 20.15 Uhr, Lokal ARENZ, Siegburger Str. 60. Thema: Die Wahlen und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.

**Freie Aussprache! Eintritt freil!**

**Bochum:** Donnerstag, den 23. Juni, 20.30 Uhr, im großen Saal der Wirtschaft Neuhaus, Alleestraße. Thema: Schaffung des linken Wahlblocks SPD bis KPD. Einberufen: ISK, SAP, DFV und Deutsche Friedensgesellschaft. Eintritt 10 Pfennig.

## Wirtschaftspolitische Aussprache:

**Berlin:** Freitag, den 24. Juni, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: Marktwirtschaft oder Planwirtschaft? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

# BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....  
Straß. und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

## Deutsches Benehmen gegenüber deutschen Großmäulern.

**Nationalsozialistische Wahlvorbereitung im Theater.**  
Hp. Die „Waterloo-Brücke“, ein englisches Schauspiel von Robert E. Sherwoods, ist am Sonntag, dem 12. Juni, in Kassel zum ersten Male aufgeführt worden. „Waterloo-Brücke“ ist 1917 entstanden, zu einer Zeit, als nach den Worten des Dichters die Menschen sämtlicher in den Weltkrieg verwickelten Völker an ihrem verhätschelten „Liebling Weltkrieg“ keine besondere Freude mehr hatten. Das Stück bringt eine für alle am Kriege beteiligt gewesenen Völker lebenswahre Episode, die sich in London abspielt, die aber auch überall in Europa und in jedem anderen Kontinent passiert sein könnte. Ein kanadischer Soldat, eine englische Bürgerin, Polizisten und einige Straßenmädchen erklären, daß man damals genug vom Krieg hatte. Im Ganzen handelt es sich um das, was wir schon oft in Schauspielen, Dramen, Romanen und Kriegsbeschreibungen gesehen und gelesen haben. Bei der ersten Aufführung applaudierte das Publikum zustimmend.

Die zweite Aufführung des Stückes fand am darauffolgenden Dienstag statt. Dabei hatte die Theaterleitung ihre Rechnung ohne die NSDAP gemacht. 33 Vertreter dieser „Kultur-erneuerer“ erschienen und begannen gegen Ende des 4. Aktes einen Protestaufruf, der die Schauspieler an der Fortsetzung des Spieles hinderte. Aus dem Parkett heraus hielt ein Nationalsozialist eine Rede an das Publikum, in der er sich gegen „die Unmoral, die heute auf deutschen Bühnen herrscht“, wandte. Ein Schauspieler versuchte erfolglos seine Aufgabe zu verteidigen und beruhigend auf die Demonstranten einzuwirken. Die Vorstellung wurde abgebrochen. Die Helden verließen unter Absingung des Horst-Wessel-Liedes das Theater.

Am folgenden Tage stand „Waterloo-Brücke“ abermals auf dem Programm. Die Theaterleitung erhielt kurz vor der Vorstellung einen Telefonanruf aus dem nationalsozialistischen Parteibüro. Der Anrufer — angeblich ein früherer Kommunist — erklärte für die Partei, daß sie sich durch eine weitere Aufführung des Stückes äußerst provoziert fühlen würde.

Daraufhin ist der Theater-Direktion das Herz in die Hose gefallen. Sie hat dem Publikum am Mittwoch abend erklären lassen, das Stück könne nicht mehr weiter gespielt werden,

da die Direktion das Theater nicht zum Tummelplatz parteipolitischer Bestrebungen machen wolle.

Diese Erklärung erfolgte, obwohl gerade für diesen Abend durch polizeilichen Schutz jede weitere Störung verhindert worden wäre. Das Stück ist harmlos, wie Dutzende von sogenannten klassischen deutschen Theaterstücken, die Liebestragödien auf die eine oder andere Weise behandeln. Aber die auf dem Gebiet der Reklame erfindersichen Nationalsozialisten müssen in der Wahlzeit auf Neuigkeiten bedacht sein. Toll ist nur, wie eine fortschrittlich gerichtete Theaterleitung vor einem großen Maul zusammenknickt. — Nicht undeutsch, dies Benehmen!

## Deutschnationale Kunst.

„Nun ließe sich zwar, ohne in billige Paradoxie zu verfallen, zunächst sagen, daß Kunst im letzten Grunde nicht Gestaltung der Wirklichkeit ist, sondern Flucht aus der Wirklichkeit, eine Flucht, die ihre Wurzel in der Unfähigkeit hat, das Leben selbst zu formen. Denen aber, die sich in der Rechten sammeln, war solche Schwäche immer fremd. Sie standen mit beiden Beinen im Leben. Sie haben als Feldherr oder als Mann Preußens Schlachten geschlagen, als Minister wie als Steuereinnahmer den preußischen Staat verwaltet. Kunst konnte für sie nur Sinn haben, wenn sie sich in den Dienst des Staates stellte. Das Denkmal, das eines Königs Taten kundet, der Marsch, der die Truppe anfeuernde, war Kunst, alles andere Spielerei lebensfremder Köpfe allenfalls gut zur Ausfüllung müßiger Stunden, aber auch verweichlichend und deshalb gefährlich.“

So kennzeichnet das deutschnationale Reichstagsmitglied Freiherr von FREYTAG-LORINGHOFEN die Kulturfeindlichkeit der Reaktion in seinem Buch: „Deutschnationale Volkspartei“ (Pan-Verlagsgesellschaft, Berlin 1931).

Eine kurzweilige Beschäftigung hatten diese deutschen Knaben, die mit beiden Beinen direkt im Leben standen: Für die Beine: Parademarsch! Für die Hände: Steuereinnahmen! Für das kopfährliche Gebilde: Helm auf!

Solche Leute sind heute wieder in der vordersten Reihe, um Deutschland und die Kultur vor dem Bolschewismus zu schützen. Wie wenig Macht hat die Arbeiterschaft und überhaupt die Schar der gebildeten Menschen, wenn solche Barbaren etwas zu sagen haben, die weit hinter den berühmten alten Deutschen zurückstehen, die zwar auch nur saufen und ausruhen konnten, aber wenigstens nicht so anspruchsvoll waren, das für eine besonders gute Kultur auszugeben.  
W. er.

## Kinder beim Kasper.

E. St. Die Vorstellung meines Marionettentheaters ist zu Ende. Ich bin beim Einpacken der Puppen und Requisiten. An der Ecke des kleinen Theaters steht ein kleines Mädel. „Nun, willst du nicht nach Hause?“ „Ja, aber ich möchte Kasper noch mal sehen!“ „Kasper schläft jetzt, er ist vom Theaterspielen müde!“ „Ich möchte ihn nur noch mal sehen!“ „Na, komm und sieh ihn dir noch mal an.“ Ich zeige der Kleinen den Karton, in der Kasper und meine anderen kleinen Freunde schlafen. Leise kommt sie heran, nimmt die Holzhand und streichelt sie und verschwindet auf den Zehenspitzen.

Wir haben unsere Wohnung gewechselt. Der 4jährige Hans ist jetzt unser Hausgenosse. Die Mutter sagt: „Zeig doch mal Hans deinen Clown.“ Ich hole ihn aus der Schlafstube und lasse die Puppe auf den Flur gehen, eine Verbeugung machen, und sagen: Gib mir deine Hand. Hansel geht erschreckt ein paar Schritte zurück. Wir Erwachsenen müssen lachen, Hans auch, aber man sieht ihm an, das er nur aus Gesellschaft mitlacht. „Na nun sag doch guten Tag.“ aber Hansel versteckt sich hinter der Mutter. Als der Clown noch ein paar Schritte tut, weiß er nur eine Rettung: Er hebt ein Bein und will treten.

Auf der Bodenkammer bin ich beim Puppenspielen. Alle Hausbewohner sehen zu. Mit einem Blech donnere ich. Hansel schreit: „Das kann ich nicht hören, ich kann das Donnern nur beim Regen hören!“

In einem Dorfe ist eine Kindervorstellung. Wir spielen neben anderen Stücken auch eine Bearbeitung von Andersens Märchen „Der kleine Claus und der große Claus.“ Als der große Claus ins Wasser springen muß, markieren wir das, indem wir einen Stein ins Wasser (das heißt in einen Eimer) werfen. Da der Eimer zu voll ist, fließt das Wasser über und läuft aus der Käseprobe in den Zuschauerraum. Hans, nachher befragt, welches das schönste Stück gewesen wäre: „das mit dem gelzigen Bauern, weil das Wasser auch wirklich auf den Fußboden floß.“

## Bekleidungsarbeiter für Einheitslisten.

E. H. In der Mitglieder-Versammlung des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes, Ortsverwaltung Magdeburg, am 20. Juni 1932, wurde zur Frage der Einheitsfront folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammelten fordern vom Ortsverwaltungsvorstand des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes, daß der Verband sofort die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften veranlassen soll, Schritte zur Bildung der Einheitsfront-Bewegung zu unternehmen. Er soll insbesondere die Schaffung eines einheitlichen linken Wahlblocks von SPD bis KPD bzw. Listenverbindung zur bevorstehenden Reichstagswahl bewirken. Das erwarten Millionen Arbeiter und Angestellte in der Stunde der größten Gefahr für den Fortbestand der Arbeiter-Bewegung von Euch. Kampf gegen Lohnraub und Faschismus, um endlich diesen Feind der Arbeiter-Bewegung für immer zu schlagen.“

Nach der Diskussion über diese Resolution zeichneten sich etwa 95 Prozent der anwesenden Mitglieder in die Listen für das Volksbegehren der Arbeiterschaft ein.

## Beschämende Belehrung für das ZK.

„Der Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, bringt von einem alten Kämpfer für den Gedanken der Arbeitgemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, dem christlichen Gewerkschaftsführer WIEBER, die resignierte Feststellung, daß es mit der Arbeitgemeinschaft anscheinend für lange Zeit vorbei ist. Wir entnehmen dieser Bilanz eines jahrelangen Kampfes folgendes:

„Das sogenannte „neue System“, dessen Neuheit doch kaum mehr als ein Aufpolieren alter Kriegsmethoden ist, stützt diejenigen Kräfte im Kapitalismus, welche manche schon gestorben wähnten. Leider weckt es nicht die Genialität alter Industriekapitäne und des wirtschaftlichen Weitblicks, sondern wesentlich nur alte Herreninstinkte. Aber nicht den Herreninstinkt einer Aristokratie des Geistes, sondern einer sehr üblen reaktionären Gesinnung. Unter solchen Auspizien steht es schlecht um den Gedanken der Arbeitgemeinschaft. Er steht augenblicklich nicht hoch im Kurs. ... Und dennoch glauben wir an diese Idee als an eine tragende Kraft im Leben unseres Volkes. ... Wir fühlen, daß diese Zeit, die wie kaum eine andere zur Explosion drängt und zur völligen Zerstörung dessen, was in mehr als zehnjähriger mühevoller Arbeit geschaffen wurde und an deren Ende vielleicht gar Blut und Rebellion stehen, dieser Idee um so weniger entbehren kann. Aber wir wissen auch, daß heute der Entscheidungskampf um die Stellung der Arbeiterschaft angebrochen ist. Es gibt Momente in der Geschichte jeder Volksgruppe, wo trotz weltanschaulicher Trennungen das Gemeinsame in Verteidigung der Rechte oberstes Gesetz wird. Diese Stunde ist heute für die deutsche Arbeiterschaft gekommen.“

## Buchdrucker in den Konflikt der graphischen Hilfsarbeiter hineingezogen.

F. G. Wie wir bereits mitteilten, haben die graphischen Hilfsarbeiter im ganzen Reich den Unternehmern die Kündigung eingereicht. In einigen Betrieben sollen RGO-Anhänger, der Weisung ihrer Zentrale folgend, ihre Kündigung nicht eingereicht haben, weil diese Kündigungsaktion nicht das geeignete Kampfmittel sei.

Wenn die Verhandlungen am Mittwoch in Frankfurt am Main, die vom Reichsarbeitsministerium anberaumt sind, nicht zur Verständigung führen, so ist der Beginn des Kampfes am Sonnabend gewiß, da die Kündigungen zum Freitag, dem 24. Juni, eingereicht sind.

Der Konflikt droht auch die Buchdrucker mit hineinzuziehen in den Kampf. In Voraussicht des Kampfes haben einige Firmen in Berlin und Leipzig schon ihren Buchdruckern gekündigt, die nun ihrerseits bei den tariflichenchiedsgerichten Klage erhoben haben wegen unzulässiger Massenkündigungen seitens der Druckereibesitzer.

Die neueste Nummer des „Korrespondent“, die Gewerkschaftszeitung der Buchdrucker, macht bereits auf die Solidaritätspflichten der Buchdrucker aufmerksam, keine Streikarbeit zu leisten, keine Streikbrecher anzulernen und nicht mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten.

## Der Tarif der Rohrer anerkannt.

Die Fachgruppe der Rohrer des Bauwerksbundes, Bauwerkschaft Berlin, teilt mit: Bei nachgenannten Firmen ist die verhängte Sperre aufgehoben: Wilhelm Stahl, Richard Arndt, Hermann Venzke, Christian Woina, Belling & Krottko, Friedrich Diehling, Laufmann & Wernecke, Friedrich Pantermähl. Die hier genannten Firmen haben den Tarifvertrag in allen seinen Bestimmungen anerkannt. Arbeitsaufnahme erfolgt am Mittwoch, dem 22. Juni.

## „Die Gummiknüttelrente.“

Dieses Wort verwenden die „Frankfurter Nachrichten“ für die Überschrift über einen Bericht, nach dem das sächsische Versorgungsgericht einem bei einer Unruhe beschädigten Manne einen Rentenanspruch gegen den Staat zubilligte. Dazu weiß dieses Blatt der Volkspartei ergänzend zu berichten, daß in Berlin angeblich ein ganzer Personenkreis polizeilich überführt worden sein soll, sich ohne eigentliche politische Interessen im Anschluß an politische Versammlungen stets in die „Kampfbühne“ begeben zu haben, um nachher auf Grund eines Hiebes mit dem Gummiknüttel Rentenansprüche stellen zu können. Der Bericht schließt mit den Worten: „Dieser Beruf ist zwar auf die Dauer etwas schmerzhaft, aber er wird, nach dem Urteil des sächsischen Versorgungsgerichtes, in Zukunft möglicher Weise seinen Mann ernähren, vorausgesetzt, daß dieser ein dickes Fell hat.“

In welchem wirtschaftlichen Elend müssen sich die Menschen doch befinden, die derartige Mittel ergreifen, um eine Dreigroschen-Rente zu bekommen. In welchem moralischen Elend aber müssen die Menschen leben, die sich über jene „Gummiknüttelrente“ und ihre Empfänger lustig machen.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janaszewski, Buchdruckerei u. Verlag Gubel, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

## Stempelproleten arbeiten für die Einheitsfront.

H. Sch. Auf dem Arbeitsamt. Eine Stunde etwa muß ich warten. Ich nehme meine Sammellisten für das Einheitsfront-Volksbegehren und gehe auf den Korridor.

Nicht viel Betrieb. Da ist einer, der sieht interessiert aus. Ich gebe ihm eine Liste in die Hand.

„Es handelt sich um die Einheitsfront, Genosse. Lies mal dies durch!“

Auch den anderen, die da sind, gebe ich Listen.

Der erste unterschreibt. Mit dem zweiten aber habe ich Pech:

„Das hat ja doch alles keinen Zweck“, sagt er, „alles wird von einer höheren Macht entschieden.“

Ein Bibelforscher!

„Nein, wir selber müssen uns helfen. Die Einheitsfront der ganzen Arbeiterschaft brauchen wir, sonst wird der offene Faschismus diktieren.“

„Die hat auch keinen Zweck. Nur Gott kann uns retten.“

Ein hoffnungsloser Fall. Ich wende mich an die übrigen. Zwei stehen schon an der Wand und unterschreiben. Allmählich werden die anderen aufmerksam, verlangen Listen zur Unterschrift. Der Flur füllt sich.

„Gib mal 'n Bleistift her!“ „Hast du was zum Unterlegen?“

Jetzt geht es Schlag auf Schlag. Eine Liste ist schon voll, vier andere sind angefangen. Zehn Genossen stehen um mich herum und helfen. Ich gebe Listen aus, bekomme Unterschriften zurück. Einige wollen Listen mit nach Hause nehmen, um zu sammeln. Einer sieht die Liste und ruft:

„Das ist endlich mal das, worauf wir schon so lange gewartet haben. Hier hast du meinen vollen Namen.“ Er schreibt noch dazu: „Klassenbewußter Proletarier!“

Ein anderer überzeugt zwei junge Kommunisten von der Wichtigkeit dieser Sache, von der Notwendigkeit der Einheitsfront — sie unterschreiben.

„Es geht um die Einheitsfront, Genossen! Die Reaktion holt zum letzten Schlage aus! Jeder Tag kann entscheiden!“

„Meine Listen sind alle. Nur zu Hause habe ich noch welche.“

„Wo wohnst du denn?“ fragt einer.

Ich sage ihm die Adresse.

„Ich werde neue holen“, sagte er. „Laß du deine Listen hier vollschreiben.“

Einer ist mißtrauisch: „ADGB? Kommt gar, nicht in Frage.“ Er ist wohl Kommunist.

„Aber es geht doch um die Einheitsfront, Genosse!“

Nein, er geht weiter — bis ein anderer kommt:

„Die NSDAP ist doch auch eine Arbeiterpartei.“

Daß dieser Nazi hier aufzutreten wagt, das bringt den Kommunisten in Harnisch: er kommt zurück, reißt mir die Liste aus der Hand, und haut seinen Namen darunter.

Der Nazi verschwindet.

Da kommt auch der Listenholer zurück. Aber für heute ist Schluß auf dem Arbeitsamt. Er nimmt drei Listen mit. Wir verabschieden uns mit einem kräftigen Händedruck. Am Montag wollen wir uns wieder treffen. Bis dahin arbeiten wir an anderen Stellen für die Einheitsfront.

Ich ging mit dem starken Eindruck von der wunderbaren Aktivität, die in Tausenden von Arbeitern geweckt wird durch eine Aktion, nach der alle seit Jahren verlangen.

## Osthilfe und Kriegsrüstung.

Rpt. Das Neuste von der Haushaltskunst der PAPEN-Regierung: In den Haushalt für die Kriegslasten sind dieses Mal auch die inneren Kriegslasten eingesetzt. In diesem Haushalt erscheinen daher neu 30 Millionen Mark zur Förderung der im Osthilfegesetz vorgesehenen Aufgaben.

Zur Durchführung der Osthilfe sind weiter eingestellt für Frachterleichterungen im Jahr 1932 9 Millionen gegenüber 12 Millionen im vergangenen Jahr. Zur Erleichterung kommunaler Lasten sind in diesem Jahr 27 Millionen Mark eingestellt gegenüber 30 Millionen im Vorjahr. Für Erleichterungen der Zinsen und Tilgungsleistungen von Entschuldungsdarlehen und für Betriebssicherungen sind wie 1931 36 Millionen Mark bereitgestellt. Aus diesen Mitteln werden die Verwaltungskosten des Reichskommissariats für die Osthilfe und der Landstellen bestritten. Ferner stehen 10 Millionen Mark zur Verfügung für wirtschaftliche, gewerbliche, gesundheitliche, soziale und kulturelle Maßnahmen im Osten. Nach dem Osthilfegesetz sollen für diesen Aufgabenkreis in den Rechnungsjahren 1932—1936 jeweils 20 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Aber mit Rücksicht auf die Finanzlage sind nur 10 Millionen eingestellt. Neu eingestellt sind in den Etat weitere 460 000 Mark für den Zinsen- und Tilgungsdienst des ostpreussischen Anteils an der Umschuldungs- und Auslandsanleihe der Länderbanken. Zur Ausführung der im Osthilfegesetz vorgesehenen Eisenbahnbauten werden 500 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Zur Behebung der durch den Flüchtlingsstrom verursachten Wohnungsnot der Minderbemittelten im Osten, insbesondere in Königsberg und im Waldenburger Rovier, werden 5 Millionen gegenüber 8 Millionen im Vorjahr angesetzt.

Zur Durchführung von Maßnahmen zur Verhinderung von Ausfällen an Umschuldungskrediten werden 3 Millionen Mark, das sind 2 Millionen Mark mehr als im Vorjahre, angefordert.

Die neue Überschrift für dieses Sammelsurium von Ausgaben finden wir ausgezeichnet. Herr SCHLEICHER wird wirklich immer offener.

Die Hilfe für die Großagrarien als „Kriegslasten“ zu bezeichnen im Hinblick auf den von Herrn SCHLEICHER und seinen Kollegen verlorenen Krieg ist natürlich Unsinn.

In anderer Hinsicht ist die neue Überschrift jedoch sehr angebracht; denn es handelt sich einerseits um die Kosten des Klassenkampfes der ostelbischen Junker, den diese zur Erhaltung der ökonomischen Grundlage ihrer Klassenherrschaft führen. Ferner handelt es sich um die Erhaltung der ostelbischen Großbetriebe als Getreideproduzenten, was Herrn SCHLEICHER aus begreiflichen militärischen Gründen besonders am Herzen liegt. Er sollte dann aber auch die Ausgaben für die Osthilfe in den Wehretat einstellen, wohin sie sowieso gehören.

## Bulgarischer Terror.

In Sofia wurden zwölf Personen, darunter zwei Frauen und Mädchen, vor Gericht, die, auf Grund des Sondergesetzes zum Schutz des Staates, wegen Gründung einer geheimen kommunistischen Gesellschaft, Vorbereitung zum Umsturz, Propaganda innerhalb des Heeres und Waffenbesitzes angeklagt waren. Da es bei der Eröffnung des Verfahrens zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Angeklagten und den Belastungszeugen kam, wurden die Angeklagten abgeführt und der Prozeß in ihrer Abwesenheit durchgeführt. Als Protest gegen diesen Willkürakt legten die Verteidiger ihr Amt nieder. Die Verhandlung beschränkte sich auf die Verlesung des Verhörprotokolls, die Zeugnisaussagen und die Anklagerede des Staatsanwalts. Das Urteil lautete auf insgesamt 111 Jahre Zuchthaus und 3 Millionen Lewa Geldstrafe!

### MAGDEBURG

#### Auch im Sommer

sind getrocknete Bananen ein ideales Nahrungsmittel, wohlschmeckend und nahrhaft.

Post-Päckchen 4 Pfund brutto nur 8,— M, frei Haus.

#### Frischkost-Reformhaus Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

#### Bereits 80 Mark genügen!

Und Sie erhalten einen hochwertigen MaBanzug aus erstklassigem Stoff, mit bestem Futter, in sorgfältiger Maßarbeit.

Preisänderungen nach oben und auch noch nach unten, je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!

R. Schönheit, MAGDEBURG, Otto von Guerickestr. 104, H. v. I.

### BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

#### A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barockstraße 8.  
Telefon: 25 53 42

### BERLIN

## KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

#### Festspiele des Films:

Juni:  
20.-22. Eisenstein:  
Panzerkreuzer Potemkin.  
Turksib (Der Bau einer Eisenbahn).

Ab 23. Chaplin: Die Nächte einer schönen Frau mit Morjou, Parvance.  
Chaplin in: Ein Hundeleben.  
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt Eure Zeitung!

Wer! Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

### Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her.

### Oscar Wettig, Gelnhausen

### Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur  
Kataloge und Auskunft gratis!

Sobien erschien in neuer Ausstattung:

## Philosophen für und wider die Revolution.

Von  
HELLMUTH FALKENFELD.  
72 Seiten. Kartoniert 0,60 M.

Inhalt:

- |  |                     |
|--|---------------------|
| I. Die Philosophen der französischen Revolution. | VII. Stirner.       |
| II. Immanuel Kant.                               | VIII. Tolstoj.      |
| III. Johann Gottlieb Fichte.                     | IX. Nietzsche.      |
| IV. Jakob Friedrich Fries.                       | X. Popper-Lynkeus.  |
| V. Hegel.  | XI. Leonard Nelson. |
| VI. Marx.  |                     |

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8 a

## NS-„Brunnenvergifter“ — ein Tätigkeitsfeld für Herrn von Gayl

In einer Sitzung des Aeltestenrats hat der nationalsozialistische Fraktionsführer BUTTMANN eine Erklärung verlesen, die behauptet, daß die amtliche Niederschrift über die Landtagsitzung vom 17. Juni durch den Landtagspräsidenten STANG (Bayerische Volkspartei) gefälscht worden sei. Die NS seien infolgedessen nicht in der Lage, sich an irgend welchen Sitzungen zu beteiligen, die „unter dem Vorsitz dieses Herrn“ abgehalten würden. Daraufhin verließ BUTTMANN mit seinen Getreuen (bis auf einen Horchposten) die Sitzung.

Nachdem ein Vertreter der Bayerischen Volkspartei dann erklärt hatte, in Anwesenheit eines Vertreters der NS (des Horchpostens) nicht verhandeln zu wollen, erklärte STANG die Sitzung des Aeltestenrats für aufgehoben.

STANG hat vor der Presse die gegen ihn erhobene grobe Anschuldigung dahin aufgeklärt, daß er die Namen der von der Sitzung ausgeschlossenen NS in dem fraglichen Protokoll in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt habe, während er am 17. Juni in der Sitzung infolge des NS-Lärms nur einige Namen ausdrücklich habe nennen und dann nur noch hinzufügen könne: „und die sämtlichen übrigen Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion“. STANG hat gegen den „Völkischen Beobachter“ wegen des Vorwurfs der Protokollfälschung Klage erhoben.

Wir sind alles andere als Freunde der Bayerischen Volkspartei; aber es ist im höchsten Maße anerkennenswert, wie die Männer dieser Partei Selbstachtung und Disziplin zeigen und z. B. nach dem verleumderischen Brimborium der NS-Schwätzer dem Horchposten dieser Bande einen Fußtritt geben. Herr BRAUN und Herr SEVERING, wenn Sie nicht von selber darauf kommen, sehen Sie diese Leute an! Werden Sie wenigstens so mutig, wie tapfere Kleinbürger!

Unverständlich und einheitsfrontstörend ist das Verhalten SEVERINGS:

Im Hauptausschuß des preußischen Landtags hat er erklärt, daß er auf deutschnationalen Antrag hin den reaktionären Studentenverbänden (unter anderem der „Stahlhelm“-Studentenschaft und dem Sudetendeutschen Heimatbund) den Lustgarten freigeben würde zu einer Demonstration „gegen das Friedensdiktat von Versailles“.

Eine Zulassung der Kommunisten zu der geplanten antifaschistischen Lustgardendemonstration ist hingegen noch nicht erfolgt.

## Weitere Vortruppengefechte des Bürgerkriegs.

Die durch die Aufhebung des SA-Verbots eingeleiteten blutigen Straßenaussetzungen gehen weiter, neuerdings in Altona, Berlin, Breslau, Essen und Varel (Oldenburg). Es gab viele Verletzte und zwei Tote: in Essen wurde ein 19jähriger Kommunist, in Berlin ein 23jähriger Nazi getötet.

Ein Beispiel dafür, wie die NS zu provozieren verstehen: In Varel (Oldenburg) hatte der Nazi-Stadtrat beschlossen, anlässlich der Übernahme der Landesregierung durch die NS auf dem städtischen Rathaus 14 Tage lang die Hakenkreuzfahne zu hissen. Als sie aufgezo-gen worden sollte, demonstrieren natürlich Hunderte von Arbeitern und Republikanern, die sich nicht jede Herausforderung ohne Protest gefallen lassen wollten, auf dem Marktplatz.

Es erschien uniformierte SA und die Schlägerei war da. Auch dies Beispiel beweist, was die von Herrn von GAYL am Dienstag „aus Zeitmangel“ nicht empfangene Zentrumsabordnung dem Minister hatte auseinandersetzen wollen: „daß die sich täglich mehrenden Zusammenstöße und blutigen Zwischenfälle in allen Teilen des Reichs eine Folge der Aufhebung des Parteiniformverbotes seien“.

## Ministerpräsidentenwahl in Preußen veragt.

Der nationalsozialistische preußische Landtagspräsident KERRL hat sich an den Vorsitzenden der preußischen Zentrumsfraktion gewandt mit dem Vorschlag, die Ministerpräsidentenwahl von der Mittwoch-Tagesordnung des Landtags abzusetzen und sie bis nach den Reichstagswahlen zu verschieben.

## Die Notwendigkeit des Charakters.

Zwei Parteien sind entstanden, um andere zu reformieren, zu bessern: Die KPD-O für die Arbeit an der KPD, die SAP für die Arbeit an der SPD. Wir haben immer betont, daß das Ueber tiefer läge: in dem Prinzip der Abstimmerei (des Stimmenfanges) und der fehlenden Rücksicht auf Charakterbildung. Zum Beweise für diese Behauptung drucken wir hier zwei Stellen ab aus der SAP-Zeitung „SAZ“, die die Zustände in der KPD-O und in der SAP beleuchten — soweit es die Vernachlässigung des Charakters betrifft.

„Niedriger hängen.

Ob es für die kommunistische Bewegung sonderlich von Nutzen wäre, ob sich etwas Wesentlicheres ändern würde, wenn heute an der Spitze der KPD die um BRANDLER, THALHEIMER und LEO stehen würden (also die führenden KPD-O-Genossen, Red.), das ist mir schon in den Auseinandersetzungen, die von 1930 bis Januar 1932 in der KPD stattgefunden haben, höchst zweifelhaft geworden. Spätere Leistungen der „Arpo“ und des „Strom“ (beides Blätter der KPD-O, Red.) bei Bekämpfung der SAP und bei der persönlichen Herunterreißen langjähriger Kampfgenossen haben meine Zweifel nur Gewißheit erhärtet.

Die „Arpo“ vom 18. Juni bringt es fertig, ihre bisherigen Leistungen noch zu überbieten. Sie enthält einen Artikel mit der Überschrift: „WALCHER (ein ehemaliger KPD-O-Genosse) auf dem Wege zu LEIPART“, dessen Grundlage ein Artikel in der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 28. Mai bildet. Der Umstand, daß der Artikel mit den Buchstaben J. W. gezeichnet ist, genügt den LEO-THALHEIMER, zu behaupten, ich sei „ohne Zweifel“ der Verfasser des Artikels. Auf diese nichtswürdige Vermutung gestützt, schreibt die „Arpo“: „JACOB WALCHER kritisiert die RGO bereits vom sozialdemokratischen Standpunkt aus“, woraus für LEO-THALHEIMER ersichtlich ist, wie weit sich JACOB WALCHER schon zur „Mutterpartei“ zurückentwickelt hat.

Da ich den in Frage kommenden Artikel nicht verfaßt und überhaupt noch niemals für die „Metallarbeiter-Zeitung“

## Ein offenes Wort in Genf — und seine Lehre.

M. S. Die Weltpresse, deren Vertreter seit Monaten den Genfer Delegierten wie ein Schatten folgen und der Öffentlichkeit von dem Schachspiel berichten, das die Regierungen mit ihren verschiedenen Machtpositionen dort mit einander austragen, hat Ende Mai zwei Männer gehört, die für wenige Stunden nach Genf gekommen waren, um dort ihre Meinung zu sagen. Diese Männer waren der Engländer PONSONBY (der Vorsitzende der Internationale der Kriegsdienstverweigerer) und ALBERT EINSTEIN.

Angesichts der politischen Macht, die jene Regierungsvertreter repräsentieren, wird man diese beiden Männer leicht als Privatmenschen ansprechen, deren Stimme man bei dem Klang ihrer berühmten Namen wohl höflich anhört, deren Worte aber vergessen sind, ehe sie noch Genf verlassen haben. Und in der Tat, die Zeitungen haben von diesem Besuch kaum Nötiz genommen.

Umso mehr Anlaß haben wir, jene Reise nach Genf festzuhalten, mit den Reden von PONSONBY und EINSTEIN, deren Inhalt jetzt wenigstens im Auszug von der Internationalen Antimilitaristischen Kommission wiedergegeben wird. Und zwar aus zweierlei Gründen:

Erstens wegen des Gehalts jener Reden. Unmißverständlich hat PONSONBY erklärt, daß die Konferenz ihre Zeit vergeudet mit ihren nutzlosen Erhebungen über „qualitative“ Entwaffnung, über den Charakter von Angriffswaffen u. s. w., wodurch die Frage der Entwaffnung nur immer komplizierter gemacht wird. Faktisch seien die Nationen 14 Jahre nach dem Weltkrieg von der Entwaffnung viel weiter entfernt als 1914. Die einzigen Anträge, die heute praktischen Sinn hätten, seien die der Russen. Da aber keinerlei Aussicht bestehe, daß die Regierungen mit diesem Vorschlag ernst machen, sei es die Aufgabe der Volksmassen selber, durch persönliche und kollektive Weigerung, Kriegsmaterial herzustellen und zu transportieren, sowie durch Verweigerung des Kriegsdienstes, dem Krieg den Streik zu erklären.

Die Selbsthilfe „der Völker“, die hier von PONSONBY gefordert wird, setzt — darüber wird niemand sich Illusionen hingeben — eine Selbstbesinnung, eine Tatkraft, eine Mutprobe voraus, mit der man bei Völkern, die die Lehren in den Knochen haben, die mit demokratischen Phrasen vernebelt sind und die bei ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit andere Sorgen im Kopf haben, als so weittragenden Plänen nachzugehen, schwerlich rechnen kann. Wenn nicht eine politische oder gewerkschaftliche Organisation der Masse den Rücken dreht und ihre Führung übernimmt, so bleiben jene Aufrufe zur Selbsthilfe Worte, Worte, die vielleicht Tausende — wie gerade das Beispiel Englands im Weltkrieg zeigte — befolgen, auf die aber die große Masse nicht mit Taten antwortet.

Daß aber die Führer der Organisationen, an denen das Schicksal solcher Aktionen hängt, versagen, daß weder Parteien, noch Gewerkschaften, noch gar Regierungen die Völker vor neuen inneren und äußeren Kriegen bewahren, das hat — und darauf hat EINSTEIN in seiner Rede hingewiesen — nicht seinen Grund in einem Mangel an Macht, einem Mangel an Einsicht, wie dies bei den Einzelnen im Volk der Fall ist, sondern nur in einem Mangel an Bereitschaft, ihre Einsicht und ihre Macht

Dies teilte in einer Sitzung der preußischen Zentrumsfraktion am Dienstag deren Vorsitzender STEGER mit.

Die Zentrumsfraktion hat an KERRL geantwortet, daß sie mit der Verschiebung einverstanden sei.

Aus einer Erklärung KERRLS gegenüber der NS-Presso geht hervor, daß den Nazis momentan in Preußen nicht viel am Regieren liegt, „mit Rücksicht auf die bedrohliche Lage der preußischen Staatsfinanzen“.

Die kommunistische Preußenfraktion hat im Sinne der beiden „minimalen Forderungen“, von deren Erfüllung sie die Aufstellung eigener Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen abhängig macht, Urträge eingebracht. Es handelt sich um die Forderungen: 1. Herstellung der Demonstrationsfreiheit. 2. Nichtdurchführung der beiden Notverordnungen der PAPEN-Regierung in Preußen.

geschrieben habe, bleibt nur übrig, die Methoden einer Zeitung niedriger zu hängen, die vor einigen Jahren unter großen Opfern geschaffen wurde,

um die KPD von den verderblichen Methoden einer korrupten Bürokratie zu säubern.

Soll einer von den nachstehend zitierten Sätzen der „Arpo“ Kenntnis nehmen und dann erklären, wo die KPD-Zeitung zu finden ist, die fähig wäre, die Pöbeleien der „Arpo“ zu überbieten.

„Wenn JACOB WALCHER heute die ihm bekannten Tatsachen auf den Kopf zu stellen versucht, so gibt es dafür zwei Gründe: Erstens Zeilenhonorar, zweitens das Suchen nach einem Betätigungsfeld beim ADGB und DMV, nachdem das Auseinanderbröckeln der SAP eine feststehende Tatsache ist. Jetzt ist klar, worin die weltweite Bedeutung der SAP für JACOB WALCHER bestanden hat: es ist der weltweite Brückenbogen zur SPD für Leute, denen der Kampf um die Gesundung der kommunistischen Bewegung zu opferreich und zu wenig einträglich war.“

Obleich ich meine Erfahrungen machen mußte, kann und will ich nicht annehmen, daß alle Mitglieder der KPD solche Lumpereien schweigend hinnehmen. J. Walcher.“

Obleich also die „SAZ“ hier (gegen andere) ein aufmerksames Ohr für Charakterlosigkeit bewiesen hat, schreibt sie am nächsten Tag, nachdem sie den Ausschluß eines Genossen (FRITZ RÜCK) aus der SAP mitgeteilt hat, über diesen Genossen selber:

„Da RÜCK versucht, ehrliche Genossen der SAP, die seine Unzuverlässigkeit noch nicht kennen, ebenfalls in Gegensatz zur Partei zu bringen, so ist es notwendig, hier einiges über seine Vergangenheit und seinen Charakter zu sagen.“

Rück war von Anfang an in der KPD, wo er bei allen seinen Fähigkeiten wegen seiner Unzuverlässigkeit bekannt war.

Von 1924 ab stand er stimmungsgemäß in Opposition gegen die ultralinke KPD-Führung und gehörte der Brandler-Fraktion an, wo er 1928 zu schärfstem Vorgehen drängte. Doch als es darauf ankam, zu stehen, schrieb er damals am 19. Dezember 1928 an THALHEIMER einen Brief, in dem es heißt:

in den Dienst solcher Aufgaben zu stellen. „Bei den Fragen, wie diesen, bringt nicht die Intelligenz den Ausschlag, sondern Charakter und Wille. Von diesen großen menschlichen Eigenschaften ist in Genf nichts zu finden. ... Der Augenblick ist nunmehr gekommen, daß unabhängig denkende Personen die öffentliche Meinung beeinflussen.“

Mit diesen beherzten Worten hat EINSTEIN ins Schwarze getroffen. Und er hat selber — und darin liegt die andere Bedeutung dieser Genfer Unternehmung — bewiesen, daß er, ein unabhängig denkender Mensch, das Amt auf sich nimmt, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und den für das Leben der Völker Verantwortlichen die Wahrheit ins Gesicht zu sagen.

Der Aufbau der Organisationen, ohne deren Macht keine Massenbewegungen zu Erfolgen gelangen kann, verholzen zu leicht, ihre Fäden erstarren und verbrennen. Wir erleben zur Zeit in Deutschland den Ansturm der Faschisten, wir erleben die Gärung in der Arbeiterschaft, die nach der Einheitsfront des Proletariats verlangt, wir erleben das engstirnige Verhalten der Führer der beiden großen Arbeiterparteien, die auf den Ruf der Massen nicht antworten. Wie kann das Werk der Einheitsfront gelingen, wie kann das Verlangen der Arbeiter gestärkt, der Widerstand der Führer in letzter Stunde gebrochen werden? Diese Frage bedrängt uns zur Zeit ebenso stark, ja noch stärker als die Abrüstungsfrage, denn die Entscheidung über den Faschismus steht unmittelbar bevor.

Die Sammlung der Arbeiterstimmen in Deutschland hat begonnen; Name für Name zeichnet sich ein in die Listen, die das Zusammengehen der Arbeiterparteien in der kommenden Wahl fordern.

Dieses Werk, das von den Tausenden der Namenlosen in Gang gesetzt ist, könnte einen mächtigen Aufschwung gewinnen, wenn heute „unabhängig denkende Personen“ wie jene Männer in Genf, deren Name einen Klang besitzt, sich auch dieser Aktion zugesellen, ihre Stimme erheben und den Führern der deutschen Parteien öffentlich ins Gewissen sprächen. Männer, deren Name bei den Vertretern der Arbeiterparteien in Ansehen steht, gibt es genug Männer, die dieses Ansehen in die Waagschale werfen, gibt es wenige.

EINSTEIN ist nach Genf gefahren, getrieben von der Sorge um den Völkerfrieden. Er hat nicht gefragt, ob sein Unternehmen von der Öffentlichkeit beachtet wird — er hat seine Pflicht getan als verantwortungsvoller Mensch mit der Macht, die ihm zur Verfügung steht. Solche Menschen, gleich aus welchem Stand, aus welchem Beruf, brauchen wir zur Unterstützung der Bewegungen, die von unten herandrängen; wir brauchen sie heute vor allem für die Aktion der Einheitsfront zur Reichstagswahl. Die Kraft dieser Massenaktion muß unterstützt werden durch die Kraft Einzelner, die erkannt haben, daß es der Welt nicht an Intelligenz fehlt, aber an dem guten Willen, das Richtige zu tun.

Das nachdrücklich zu sagen, genügt die Stimme weniger. Diese Stimmen zu finden, ihre Bereitschaft anzufordern, ist die weitere Aufgabe, deren wir uns annehmen müssen.

Daß es solche Menschen in Deutschland gibt, hat EINSTEINS Reise nach Genf bewiesen.

## Moskauer Lektion.

W. B. Zwei deutsche Mitglieder einer Arbeiterdelegation nach Sowjet-Rußland gehen in Moskau spazieren. Ein Mädchen kommt ihnen entgegen. Da bemerkt der eine ziemlich laut: „Ein netter Käfer!“ Die Genossin, die zufällig Deutsch verstand, erteilte eine für den Sprecher beschämende Abfuhr: „Lieber Genosse, studiere erst mal ordentlich, was Kommunismus bedeutet, und dann komme nach Rußland!“

Ein roter Kopf bewies, daß man in der Sowjet-Union außer wirtschaftlichen und politischen Dingen auch sonst noch manches lernen kann.

Dies berichtete ein christlicher Gewerkschaftler über seine Rußlandreise.

„... Das Geschwätz über Parteidemokratie, mit dem noch jede Gruppe ihre Loslösung begonnen hat, und das auch Ihr — etwas besser formuliert und historisch untermauert — begonnen habt in dem Moment, wo STALIN Euch spüren ließ, daß er zu allen anderen Schwierigkeiten nicht auch noch selbständige überlegene Köpfe in der Führung der Komintern brauchen kann, ist doch zu wärrig und blöd.“

Der Gedanke ist der Mann! Ueber einen Menschen, der zynisch das Prinzip proklamiert, eine revolutionäre Bewegung könne leben, die bewußt und planmäßig klare Köpfe und charakterfeste Menschen ausmerzt — über einen solchen Menschen kann sich jeder seinen Vers selber machen.

RÜCK hat dann jeden weiteren Kampf in der KPD aufgegeben, weil, wie er selbst sagte, er sonst keine Artikel mehr in der kommunistischen Presse unterbringen könne. Als er aber auch damit Schwierigkeiten bekam, ließ er seine Mitgliedschaft in der KPD verfallen, d. h. er zahlte keine Beiträge mehr und —

biederte sich durch CRISPIEN beim „Vorwärts“ als Mitarbeiter auf Zeilenhonorar an.

Zu diesem Zweck trat er in die SPD ein. Solange er in der SPD war, hat er zu allen reformistischen Taten geschwiegen. Ja, er brachte es — aus geschäftlichen Gründen — fertig, in einem unter seinem Namen erschienenen Buch „Wedding“ die sozialdemokratische Kommunalpolitik in Berlin zu verherlichen.

Erst nach der Gründung der SAP entdeckte er wieder sein „revolutionäres“ Herz und trat in die Partei ein. Da es an journalistischen und rednerischen Kräften fehlte, fand er in der „SAZ“ und als Versammlungsredner reichliche Tätigkeit. Man konnte annehmen, daß er sich nun in der SAP bemühen wird, seine Charakterschwächen abzustreifen und ehrlich mitzuarbeiten. Das schien auch so bis — er erkennen mußte, daß er in der SAP nicht die Perspektiven hatte, die er sich erträumte. Von dem Augenblick an entwickelte er sich zum stalintreuen Kommunisten.“

Ich kenne RÜCK gar nicht. Aber was soll man zur SAP sagen, die ihn kannte und eine führende Rolle spielen ließ.

Wer sich nicht die Mühe machen will, Charaktere zu bilden, darf sich nicht wundern, wenn er fast nur Charlatane in der Politik trifft. Willi Eichler.

# Vorwärts zur sozialistischen Marktwirtschaft!

## Zur Auseinandersetzung zwischen Stolper und Sombart.

Professor SOMBART hat seinen Vortrag über „Die Zukunft des Kapitalismus“, den wir bereits in Nr. 53 des „Funken“ besprochen haben, in Buchform veröffentlicht. (Verlag: BUCHHOLZ und WEISSWANGE, Charlottenburg.) Sein Verleger schickt uns „diese Aufsehen erregende Schrift des großen Gelehrten“ zur Besprechung mit Waschzetteln voll überschwenglicher Lobpreisung der „Darstellungskunst“ SOMBARTS, durch die ein spröder Stoff „Farbe und Leben“ erhält, und der „Analyse und Synthese“ SOMBARTS, die „zu bewundern sei“.

### Analyse der Gegenwart oder bürgerliche Lüge?

Was soll man von einer Analyse „der Gegenwart und der sie beherrschenden Kräfte“ halten, von „einer Skizze des heutigen Zustandes des Kapitalismus“, die feststellt, daß „das Gewinnstreben“ der Unternehmer sich „verringert“ habe und daß dem „irrationalen Moment des Machtstrebens“ „eine immer geringere Bedeutung zukommt“! (Seite 9.)

Doch zwei Seiten weiter kommt es noch besser: Bei der Feststellung der Tatsache, daß die alte Marktmechanik ausgeschaltet worden ist — sie ist es tatsächlich weitgehend, aber nicht ganz! —, heißt es:

Heute werden „die Preise willkürlich geregelt durch die Kartelle“ — das ist eine ungenaue Analyse, denn nicht alle Preise werden monopolistisch geregelt; auch die monopolistischen Preise werden nicht völlig willkürlich geregelt! —, und „die Arbeitslöhne werden willkürlich geregelt ohne Rücksicht auf die Marktlage durch die Gewerkschaften, so daß wir

in den letzten Jahren das Schauspiel erlebt haben, daß Preise und Reallöhne auf der alten Höhe verharrten, während die Marktlage einen früher niemals gekannten Tiefstand erreicht hatte“.

Die Reallöhne wären auf der alten Höhe gehalten worden in den vergangenen Jahren? Das schreibt SOMBART im Frühjahr 1932, nach einer Reihe von Lohnabstufungen schärfsten Ausmaßes! Das schreibt ein deutscher Nationalökonom von Ruf, ein Mann, der von sich sagt, daß er bestrebt sei, „in Jahren, Jahrzehnten und Jahrhunderten zu denken“! Welche Urteilslosigkeit und Unkenntnis muß dieser Professor den Lesern seiner Schrift zutrauen, daß er ihnen solchen Unfug vorzusetzen wagt! Oder ist er nur selber geblendet von dem ihm nachgerühmten „style lumineux“ (dem glanzvollen Stil), mit dem er „nach dem Gesamtgeist Ausschau“ hält (Seite 17) und dem „Wort Planwirtschaft . . . auf den Leib leuchten möchte“ (Seite 18)?

### Sombartsche Logik.

In der Tat lassen die SOMBARTSchen Ausführungen an wissenschaftlicher Exaktheit so viel zu wünschen übrig, daß sie nicht einmal den einfachsten Gesetzen der Logik standhalten.

Da heißt es zum Beispiel, „daß eine Planwirtschaft . . . ohne das Merkmal der Mannigfaltigkeit nicht *gedacht* werden“ könne. (Seite 23.) Im nächsten Satz aber sagt SOMBART: „Es ist der blinde Doktrinarismus, der die Einsicht verhindert, daß eine Wirtschaft nur sinnvoll gestaltet werden kann, wenn man die tausendfältige Verschiedenheit ihrer Bedingungen in Rücksicht zieht.“ Diese „Doktrinäre“ haben ihre Doktrin von der Nicht-Mannigfaltigkeit der Planwirtschaft doch zum mindesten *ausgedacht*. Also ist SOMBARTS Behauptung, daß eine Planwirtschaft ohne Mannigfaltigkeit nicht *gedacht* werden könne, sicher falsch!

Nachher spricht SOMBART allerdings nicht mehr davon, daß die Mannigfaltigkeit in der Planwirtschaft *denknotwendig* sei. Er versucht vielmehr zu beweisen, daß sie notwendig sei als Bedingung für eine „vollkommene Planwirtschaft“, eine „richtig“ verstandene, eine „gute“, „vernünftige“ Planwirtschaft, eine „neue sinnvolle Wirtschaft“. Dabei wird dann schließlich die Planwirtschaft so definiert, daß „selbst die sogenannte Konkurrenz . . . in den Gesamtplan sinnvoll eingefügt werden“ kann. Wie ein Wettrennen „eines wohlgedachten Planes bedarf, um in die Erscheinung zu treten“, so muß die wirtschaftliche Konkurrenz unter der Kontrolle des Staates in die „Planwirtschaft“ eingeordnet werden. (Seite 28 ff.) Mit einer Planwirtschaft dieser Art könnten auch wir uns einverstanden erklären, — wenn SOMBART sich selber an seine Definitionen halten würde. Denn auch wir wollen, daß die freie Konkurrenz — allerdings die *wirklich* freie und nicht nur die „sogenannte“! — unter Kontrolle des Staates sich vollzieht.

### Sombart verurteilt die Marktwirtschaft.

Die Marktwirtschaft ist eine durch den Preismechanismus *geregelt* Wirtschaft. Dennoch wird sie von SOMBART als „unregelmäßige Wirtschaft“ bezeichnet (Seite 16), als „wilde, chaotische, ungeordnete, plan- und sinnlose Wirtschaft“, als eine Wirtschaft mit einer „auf die Spitze getriebenen Planlosigkeit in der Einzelwirtschaft und der Planlosigkeit der Gesamtwirtschaft“ (Seite 19). Hat SOMBART wirklich noch nicht verstanden, wie das planmäßige Streben jedes Einzelnen nach billigstem Einkauf und bestmöglichem Verkauf bei freier Konkurrenz zu einer ganz bestimmten Regelung der Gesamtwirtschaft führen muß?

SOMBART leugnet tatsächlich diese Art Planmäßigkeit, die durch das Konkurrenzprinzip geschaffen wird.

„Der ‚Freihandel‘ bedeutet für die gesamte Wirtschaft etwa das, was die Aufhebung jeglicher Ordnung für den Fuhrwerkeverkehr bedeutet.“ (Seite 15f.)

Dabei sagt SOMBART selber:

„Völlig frei ist auch heute weder der Produzent noch der Konsument. Jener wird bestimmt durch die Anforderungen des ‚Marktes‘ einerseits, durch die Konkurrenz andererseits.“ (Seite 22.)

An anderer Stelle beschreibt er den Marktmechanismus:

„Diese Marktmechanik bestand bekanntermaßen in folgendem automatischen Hergang: Angebot und Nachfrage bestimmen die ‚Marktlage‘, die Marktlage bestimmte die Warenpreise, die Warenpreise bestimmten die Arbeitslöhne.“ (Seite 10f.)

Und doch leugnet der gleiche SOMBART das Ordnungsprinzip der Konkurrenz. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären?

Nun, SOMBART ist in erster Linie Wirtschaftshistoriker. Als solcher hat er erkannt: „die alte Marktmechanik . . . ist ausgeschaltet worden“; die „freie . . . Wirtschaftsordnung ist . . . von Jahr zu Jahr mehr . . . eine gebundene geworden“; unter Kartellen, Konzernen, Bindungen durch den Staat „erstreckt die freie Wirksamkeit des Einzelunternehmers“. Das sieht SOMBART mit offenen Augen. Und er schließt daraus:

„Eigentlich beruhte ja die Einführung . . . der unbehinderten Individualwirtschaft vor hundert und mehr Jahren auf einem Mißverständnis . . .“

(Seite 13f.) „Das Freihandelssystem muß bis auf seine letzten Reste . . . ausgerottet werden, wenn anders man sinnvolle geordnete Zustände . . . herbeiführen will.“ (Seite 41.)

### Stolper verteidigt die Marktwirtschaft.

Im „Deutschen Volkswirt“ (Nr. 30, vom 22. April 1932) hat GUSTAV STOLPER die SOMBARTSchen Darlegungen über die „unregelmäßige“ Marktwirtschaft mit guten Gründen widerlegt:

„Die kapitalistische Wirtschaft produziert, was der Konsum begehrt, und sie stellt die Produktion ein, die der Konsum nicht begehrt . . . In Wirklichkeit ist sie der plan- und sinnvollste Mechanismus, den die menschliche Gesellschaft je geschaffen hat.“

Das ist für die Marktwirtschaft zweifellos richtig, wobei wir einen Augenblick außer Acht lassen, daß hier stillschweigend die „kapitalistische Wirtschaft“ mit der Marktwirtschaft gleichgesetzt wird.

„Auch daß der internationale Marktmechanismus zu funktionieren aufgehört hat, ist eine Legende.“

Nun ja, ganz hat er ja noch nicht aufgehört zu funktionieren.

„Auch Herr SOMBART wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Welthandel schon 1931 merklich größer war als

## Zurück oder vorwärts zur freien Wirtschaft?

So ist der Standpunkt STOLPERS tatsächlich genau „so schief und wirklichkeitsfremd“ wie der SOMBARTS. Das, was es bisher im kapitalistischen Zeitalter an sogenannter freier Wirtschaft gegeben hat, war keine freie Wirtschaft. Denn niemals hat es einen freien Arbeitsmarkt gegeben. Als Folge des Großgrundeigentums gab es stets ein Ueberangebot an Arbeitskräften, das den Arbeitslohn unter seine natürliche Höhe herabdrückte. Durch diese monopolistischen Einflüsse wurden die krassen Einkommens- und Vermögensunterschiede verursacht, die periodisch in der kapitalistischen Wirtschaft zur Krise geführt haben.

Es ist unverantwortlich von einem liberalen Ökonomen wie STOLPER, heute noch die kapitalistische Wirtschaft als eine wahrhaft freie Wirtschaft auszugeben.

Heute noch, nachdem zu dem Bodenmonopol Staatseingriffe verschiedenster Art und auf ihnen beruhend eine große Anzahl kapitalistischer Verkaufsmonopole hinzugekommen sind!

STOLPER als liberal gesinnter Nationalökonom sollte erkennen, daß von einer *Rückkehr* zur freien Wirtschaft deshalb nicht die Rede sein kann, weil es eine wahrhaft freie Marktwirtschaft bisher noch nicht gegeben hat. Wer eine „große liberale Renaissance“ herbeiwünscht, der muß den Mut haben, die *sämtlichen* Monopole, die das freie Getriebe der Wirtschaft stören, zu erkennen und zu bekämpfen.

### Die Tragik der ökonomischen Wissenschaft

besteht heute darin, daß die Ökonomen nahezu aller Richtungen nicht in der Lage sind, die Tatsachen unbefangen zu betrachten. SOMBART kommt auf Grund seiner falschen Beurteilung der Marktwirtschaft zur Behauptung der Planwirtschaft — einer Planwirtschaft, die keine ist, — und der Autarkie. Diese Autarkieforderung ist Irrsinn. Darin hat STOLPER Recht. Aber ein Fünkchen Wahrheit steckt auch in diesem SOMBARTSchen Ruf nach Autarkie, in dem Ruf nach

### „Reagrarisierung“:

„Wir könnten bestrebt sein, den Anteil unserer ländlichen Bevölkerung von den 30 Prozent, auf die er gesunken ist, wenigstens auf den Anteil wieder zu erhöhen, den sie noch bei der Zählung von 1892 hatte, nämlich 42,5 Prozent. Diese 12,5 Prozent, um die sich alsdann unsere ländliche Bevölkerung wieder vermehren würde, entspräche ungefähr der Zahl unserer Arbeitslosen in den kommenden Jahren.“ (Seite 44.)

An diesem Vorschlag SOMBARTS kann man anknüpfen. Denn tatsächlich könnte der deutsche Boden ohne Bodensperre eine landwirtschaftliche Bevölkerung von rund 28 Millionen Menschen statt nur 14 Millionen tragen.

SOMBART hat allerdings nicht gezeigt, welche Schritte im einzelnen unternommen werden müssen, um eine

1931, und der Anteil Deutschlands am gesamten Welthandel größer als jemals zuvor.“

Wieder richtig. Richtig auch die Verurteilung der Autarkie, die SOMBART an die Stelle der Weltwirtschaft setzen will:

„Sollen Deutschland und die übrige Welt vielleicht in einem Zustand ständiger Bereitschaft zu einem Krieg . . . ihre Zukunft aufbauen? Soll wirklich der Wahnsinn zum System erhoben werden?“

### Aneinander vorbei.

Wenn der Konkurrenzmechanismus funktionierte, dann hätte die Gesellschaft eine höchst planvoll und sinnvoll organisierte Wirtschaft. Darin hat STOLPER durchaus Recht. Aber Zollschränken, Kartelle und Bindungen anderer Art haben die Konkurrenz weitgehend ausgeschaltet. Der Konkurrenzmechanismus funktioniert daher nicht, und darum ist die Wirtschaft von heute eine chaotische, unregelmäßige Wirtschaft. Darin hat SOMBART Recht.

STOLPER erkennt die Bedeutung des marktwirtschaftlichen Mechanismus und verkennt, daß dieser heute nicht funktioniert und — solange es den Kapitalismus gibt — noch nie richtig funktioniert hat. SOMBART erkennt die Unwirksamkeit des Marktmechanismus in der heutigen Wirtschaft und verkennt ebenfalls, daß der Marktmechanismus großenteils durch die Monopole ausgeschaltet ist. SOMBART spricht an verschiedenen Stellen von „sog. freier Wirtschaft“, „freier“ Wirtschaft in Anführungsstrichen. Hier bricht die Erkenntnis durch, daß diese „freie“ Wirtschaft keine wahrhaft freie Wirtschaft ist. Dann aber schreibt er wieder:

„Die Gegenwart kennzeichnet planlose Bindung und Reglementierung, die Vergangenheit planlose Freiheit und individuelle Willkür, die Zukunft kann nur durch planvolle Gestaltung der Wirtschaft gekennzeichnet sein.“ (Seite 18.)

Genau wie hier bei STOLPER und SOMBART, so geht es immer wieder zwischen den Verfechtern der kapitalistischen Marktwirtschaft und denen der Planwirtschaft: sie diskutieren aneinander vorbei.

Der Eine sieht nicht den Sand, der die Maschine der Wirtschaft zum Erliegen zu bringen droht, und wartet gläubig darauf, daß der Rhythmus der Maschine alle Widerstände überwindet.

Der Andere sieht nur den Sand und übersieht die Brauchbarkeit der Maschine selber, aus der man nur den Sand herauszufegen braucht, um ihr einen störungsfreien Gang zu ermöglichen.

solche „Reagrarisierung“ Deutschlands in die Wege zu leiten. In solche Einzelheiten präziser Vorschläge verliert sich dieser „in Jahrhunderten“ denkende Professor nicht. Und die Vorschläge, die er macht, die auf vollständige Ausrottung des Freihandelssystems hinauslaufen, sind ökonomischer Unsinn.

Das veranlaßt wiederum STOLPER, den Gedanken der „Reagrarisierung“ zu verwerfen, obwohl die Aufschließung des Bodens als Produktionsmittel und Lebensgrundlage für die von allen Produktionsmitteln ausgesperrten Massen — teilweise, heute nur teilweise! — ein Ausweg wäre. Obwohl dies ein Ausweg wäre aus der monopolistisch verseuchten Noch-Marktwirtschaft unserer Tage zu einer wirklich freien Marktwirtschaft!

STOLPER ruft SOMBART die Frage zu:

„Aber vielleicht wird sich der revolutionäre Reformator SOMBART einmal auch der Mühe unterziehen, der deutschen Mitwelt zu verkünden, wie man das (die Reagrarisierung des heutigen Deutschland mit seinen Millionen Industriearbeitern, K. H.) anstellen soll . . .“

SOMBART wird eine befriedigende Antwort nicht geben können.

Aber auf eine Antwort braucht STOLPER deshalb nicht zu warten. Die Antwort wurde hier im „Funken“ wiederholt gegeben und in der Broschüre des „ISK“ „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ in ein Programm der Krisenüberwindung eingebaut. In diesem Programm wird ein Weg gewiesen:

### Vorwärts zur freien Wirtschaft.

### Lehren der Geschichte.

Alle Nationalökonomien und Wirtschaftsbeobachter, die den Einfluß des Bodenmonopols auf die Marktwirtschaft nicht beachten, seien daran erinnert, daß schon wiederholt im Laufe der Geschichte ganze Weltreiche am Bodenmonopol zu Grunde gegangen sind.

„Der Großgrundbesitz ist das Verderben Italiens, ja auch schon der Provinzen geworden.“

Das schrieb im 1. Jahrhundert n. Chr. der Naturforscher PLINIUS der Ältere. Und der Nationalökonom BRUNO HILDEBRAND kam Mitte vorigen Jahrhunderts zu dem Schluß:

„Aus der ganzen Agrargeschichte des klassischen Altertums ergibt sich die inhaltschwere Tatsache, daß . . . in allen Staaten . . .“

die größere Unabhängigkeit der Grundbesitzer von der Staatsgewalt nach und nach zur Zentralisierung und Monopolisierung des Grundeigentums geführt hat, und die alte Welt endlich mit und an dieser Monopolisierung zugrunde gegangen ist.“

Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Karl Hinkel.